



Fritz René Allemann
12. März 1910 – 29. Oktober 1996.
Schweizer Publizist.
Studierte in seiner Heimatstadt Basel
Soziologie, Nationalökonomie und
Geschichte, anschließend, von 1930 bis
1932, Student an der Deutschen Hoch-
schule für Politik in Berlin, wo er sich
in der politischen Linken engagierte.
Als Journalist tätig für die Basler
«National-Zeitung», seit 1942 für die
Züricher «Tat». 1949 bis 1967 Deutsch-
land-Redakten des Blattes in Bonn und
Berlin. Hier Mitherausgeber der Zeit-
schrift «Der Monat». Kolumnist der
«Zeit», «Welt», ständiger Mitarbeiter
der «Weltwoche». 1971 Gastprofessor
für jüngste deutsche Geschichte in
Iowa. Ab 1972 als freier Journalist
und Buchautor in Franken ansässig.
Konzentration auf iberische und
ibero-amerikanische Themen.

Fritz René Allemann

Publizist

«Der Moskauer Vertrag – Ende oder Wende?»

Meine Damen und Herren! Das Thema, mit dem mich der Übersee-Club zwar nicht aus dem Urwald, aber aus meinem fränkischen Dorf nach Hamburg gelockt hat, ist ebenso faszinierend wie delikater. Wer wie ich seit den Anfängen der Bundesrepublik – seit nunmehr 21 Jahren – den politischen Auseinandersetzungen in diesem Lande beobachtend und kommentierend gefolgt ist, den muss es natürlich in allen Fingern jucken, nun auch seine unmaßgebliche Meinung zu dieser Kontroverse zu sagen, ganz besonders, wenn einem die Ehre zuteil wird, das vor einem so erlesenen Auditorium wie dem Ihren zu tun. Auf der anderen Seite bin ich mir aber auch dessen bewusst, dass ich damit ein gewisses Risiko eingehe. Nicht nur deswegen, weil ich mich frage, ob man überhaupt irgendetwas zu diesem Thema sagen kann, was nicht bereits dutzendfach und hundertfach gesagt worden ist, auch nicht deswegen, weil ich Widerspruch fürchte, sondern aus einem ganz anderen Grunde: weil ich nicht ganz sicher bin, wo der Bereich der Analyse aufhört und der Bereich der Taktlosigkeit anfängt.

Gewiss, meine Damen und Herren, ich stelle mir vor, dass man mich deswegen eingeladen hat, vor Ihnen zu diesem Problem zu sprechen, weil man annimmt, dass ein Ausländer – und dazu noch einer, der sozusagen von Geburt wegen zur Neutralität verpflichtet ist – vielleicht einen Beitrag leisten kann. Und ich werde mich sicher bemühen, dieser Erwartung zu entsprechen. Aber gleichzeitig gebe ich mich doch keinen Illusionen darüber hin, wie leicht gerade kühle und distanzierte Nüchternheit Außenstehender in einer Sache, die – zu Recht oder zu Unrecht – als eine nationale Schicksalsfrage angesehen wird, die in dieser Sache engagierten Gefühle verletzen mag. Ich kann nur um Entschuldigung bitten, wenn ich das tun sollte, obwohl ich mich bemühe, es nicht zu tun. Aber ich würde es als sinnlos betrachten, wollte ich mich der ersten Pflicht des Gastes entziehen, die mir Ihre liebenswürdige Einladung aufbürdet: nämlich der Pflicht zur Offenheit.

Wir sollten uns, glaube ich, zunächst einmal, wenn wir uns mit dem Moskauer Vertrag beschäftigen wollen, daran erinnern, dass die Diskussion um die Ostpolitik der derzeitigen Bundesregierung, die ja lange vor dem Abschluss des Vertrages begonnen hat und noch lange weitergehen wird, beileibe nicht die erste Polemik dieser Art ist, die sich an große außenpolitische Entscheidungen Bonns knüpft. Das ganze erste Jahrzehnt der Bundesrepublik war ja von ähnlichen stürmischen Meinungskämpfen erfüllt, von der parlamentarischen Redeschlacht anlässlich des Petersberger Abkommens von 1949 über die Konflikte um Adenauers Europapolitik, die Westverträge, das Saarproblem bis hin zum Streit um die Atombewaffnung der Bundeswehr und über den kurzlebigen Deutschland-Plan der SPD bis nun eben zur Gegenwart.

Von jeher hat Außenpolitik für den neuen deutschen Teilstaat eine entscheidende Rolle gespielt. Die Frage nach seiner Stellung zwischen Ost und West hat mehr Leidenschaften aufgerührt und härtere Zusammenstöße provoziert als jemals die Frage nach der inneren Ordnung dieses Gemeinwesens. Und das ist kein Zufall. Es hat nicht, wie manche gelegentlich annehmen mochten, an den persönlichen Voreingenommenheiten der Bonner Politiker gelegen, sondern es ergab sich zwangsläufig aus der eigentümlichen Situation des Bonner Staates, der ja – wir wollen auch das nicht vergessen – durch fremde und nicht durch deutsche Initiative zustande gekommen ist, der aus der größten und folgenreichsten militärischen Katastrophe der neueren europäischen Geschichte hervorging und der von Anfang an belastet war mit der schweren Hypothek einer geteilten Nation. Und diese Teilung wird ja noch dadurch verstärkt, dass quer durch den traditionellen Boden dieser deutschen Nation die Scheidelinie nicht bloß zwischen zwei durch fremden Willen

geschaffenen staatlichen Gebilden, sondern zwischen zwei Weltsystemen und zwei feindlichen und unversöhnlichen Ideologien verläuft.

Das bedeutet zunächst einmal, dass die Außenpolitik der Bundesregierung – wie immer diese Bundesregierung zusammengesetzt sein mochte – nicht einfach nur eine Routinefunktion bestimmter deutscher nationaler oder staatlicher Interessen sein konnte, sondern dass sie aufs Engste mit der Frage des Selbstverständnisses der Bundesrepublik, das heißt mit ihrem Existenzproblem schlechthin verknüpft war.

Konrad Adenauer hat in seiner vierzehnjährigen Kanzlerschaft und vor allem in den entscheidenden ersten sechs Jahren dieser langen Regierungszeit gegen den erbitterten Widerstand der damaligen Opposition einen Weg gewiesen, auf dem wenigstens eine Seite dieses unheimlich verzwickten Problems gelöst werden konnte. Seine gesamte Politik zielte darauf ab, die Bundesrepublik unlösbar im Westen zu verankern, indem er sie nicht so sehr als deutschen Teilstaat begriff, sondern vielmehr als Baustein und Kernstück eines neuen europäischen – freilich westeuropäischen – Ganzen. Er sah mit der Genialität des großen Vereinfachers, die ihn immer auszeichnete, in der gewiss ungewollten, aber auch nicht zu verhindernden Aufspaltung der Nation weniger das Minus an nationalen Möglichkeiten als das Plus an übernationalen. Er erkannte und verfolgte unbeirrt die weltgeschichtliche Chance, die für den von ihm geführten Teil Deutschlands aus dem schmerzlichen Verlust der nationalen Identität erwuchs: Die Chance, diesen Teil mit seinen kontinentalen Nachbarn im Westen unter Rückendeckung durch die amerikanische Weltmacht zu einem neuen, vordem nicht denkbaren und schon gar nicht in Angriff zu nehmenden Ganzen zu verklammern.

Allerdings blieb ja – wie Sie wissen – diesem groß angelegten Unternehmen die Vollendung versagt. Das kühne Experiment der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die als Keimzelle einer europäischen Föderation oder Konföderation gedacht war, scheiterte zunächst an der Abneigung des national geschlossenen Frankreichs gegen ein solches Vorhaben. Und statt seine Ziele der europäischen Integration und der Eingliederung Deutschlands in dieses europäische Ganze zu erreichen, erreichte Adenauer etwas, was er nicht nur überhaupt nicht angestrebt hatte, sondern was ihm im Grunde immer als ein potenzielles Verhängnis erschienen war: die Souveränität der Bundesrepublik, die Wiederherstellung eines deutschen Staates aus einem Teil Deutschlands in der Form eines mehr oder weniger normalen Staates unter Staaten. Ich würde sagen: eher eines weniger als eines mehr normalen. Denn dieses Gebilde besaß zwar alle äußeren Attributen eines Nationalstaates herkömmlicher Art. Nur konnte das nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm ein wesentliches Element abging – nämlich die Identität mit der Nation und das *Bewusstsein* dieser Identität. Es blieb ein Fragment, aber ein Fragment, das es begreiflicherweise nicht über sich brachte, sich zu seiner fragmentarischen Gestalt zu bekennen. Der Ausweg nach Europa war ihm nach 1955 nicht endgültig, aber doch auf lange Sicht hinaus versperrt. Auch als der Versuch zum Aufbau einer solchen europäischen Gemeinschaft von einer ganz anderen Seite (nämlich von der Seite der Wirtschaft) her in der EWG neu aufgegriffen und mit größerem äußerem Erfolg unternommen wurde, war das doch aus der Sicht, die Adenauer zunächst einmal geleitet hatte, problematisch. Der Abbau von Zollschränken und der Aufbau von Butter- und Weinmarktordnungen mag ein sehr nützliches Unterfangen sein, aber es ist ganz gewiss keines, das die Phantasie beflügelt oder gar das Bedürfnis nach Idealen befriedigen kann.

Zugleich aber – und das scheint mir sehr wichtig – hatte die Entscheidung Adenauers für den Westen und für Europa die Möglichkeit zu einer wahrhaft nationalen, das heißt zentral auf die Wiedervereinigung Deutschlands gerichteten Politik verschüttet – und zwar wohl endgültig verschüttet. Verstehen Sie mich recht, meine Damen und Herren: Ich will damit nicht in den Chor derer einstimmen, die über die versäumten Möglichkeiten von 1952 jammern. Ich hatte diese Möglichkeiten immer, auch in der damaligen Situation, für verschwindend gering gehalten. Wenn es sie überhaupt gab – und daran habe ich immer gezweifelt –, dann waren sie mit unabsehbaren Gefahren verknüpft. In

der Situation des Kalten Krieges zwischen den Mächteblöcken in Europa und in der Welt gab es schlechterdings keine gangbare Straße zur deutschen Einheit, es sei denn jene, die durch die Neutralisierung Gesamtdeutschlands führte. Und das schloss in sich die Übernahme eines Sicherheitsrisikos, vor dem nicht nur der erste Kanzler der Bundesrepublik selber mit guten Gründen zurückschreckte, sondern auch ein Volk, das nach den Stürmen des vergangenen Jahrzehnts nichts so sehr erstrebte wie Sicherheit und nichts so sehr scheute wie das Experiment – jedenfalls dann, wenn der Ausgang dieses Experiments nicht von vornherein gesichert war.

Nun gab Adenauer allerdings vor, er wisse einen anderen Weg zu diesem nationalen Ziel. Wenn der Westen wirklich einig sei und aus solcher Einigkeit heraus auch die unerlässliche Stärke entwickle, dann könne er aus der Position dieser Stärke heraus die Sowjets zum Zurückweichen aus Deutschland und zur Preisgabe ihres deutschen Vorfeldes veranlassen. Lassen Sie mich ganz offen sagen: Dieses Rezept war entweder Selbstbetrug oder – verzeihen Sie das harte Wort – bewusster oder unbewusster Betrug an denen, die es ernst nahmen. Auch ohne Kenntnis all dessen, was seither geschehen (und vor allem *nicht* geschehen) ist, musste sich die Erkenntnis dieses Tatbestandes jedem realistischen Beobachter von Anfang an aufdrängen. Einem so mächtigen und sich seiner Macht so bewussten Regime wie dem sowjetischen, das sich zudem auf Grund seiner quasireligiösen Ideologie in innigster Übereinstimmung mit den Entwicklungstendenzen der Weltgeschichte fühlt, konnte niemals ein Kernstück seines Imperiums ohne Krieg aus der Hand gewunden werden (und ein solches Kernstück des sowjetischen Imperiums war und ist die DDR!). Das wäre auf das Verlangen nach einer schlichten Kapitulation hinausgelaufen, für die jede Voraussetzung fehlte. Ich glaube, die Annahme, Adenauer habe eine solche Kapitulation als möglich, geschweige denn als wahrscheinlich unterstellt, widerspricht zutiefst der gesunden Nüchternheit, mit der er die Realitäten der Macht ins Auge zu fassen pflegte. Und das führt zum Schluss, dass dieser Teil seiner Konzeption gar nichts anderes gewesen sein kann als ein schierer Vorwand, um den anderen, wahrhaft realistischen und für ihn wesentlichen Teil – die Bindung Deutschlands an den Westen insgesamt und an Westeuropa im Besonderen – gegen den Verdacht einer unnationalen oder gar antinationalen Zielsetzung taktisch abzuschirmen. Das Schlimme war nur, dass das geschah, indem Adenauers Politik sich nach dem Osten hin in ebenjener Kompromisslosigkeit und Intransigenz verhärtete und festfuhr, die er mit Recht seinen politischen Widersachern dort vorwarf, wo es um das Verhältnis zum Westen ging.

Auf diesem Felde, in Bezug auf das Verhältnis Deutschlands zum Westen, hatte er oft genug genau das Gegenteil nicht nur verkündet, sondern auch praktiziert: Elastizität, Anpassungsbereitschaft, die kühne Entschlossenheit zum Rechnen mit Realitäten, auch unbequemen und unerfreulichen Realitäten – denken Sie an die Auseinandersetzungen über die Saarpolitik –, all das in der Erwartung, diese Realitäten durch eine Taktik des Entgegenkommens allmählich ändern zu können. Nach Osten hin verhielt er sich genau entgegengesetzt. Und ihren Ausdruck fand diese verbale Intransigenz in jenem ganzen System von Doktrinen und Ansprüchen, das in den fünfziger Jahren errichtet und bis heute ja wieder hinter der ganzen Kontroverse über die Ostpolitik zutage tritt: dass die DDR das Resultat einer Usurpation und daher illegitim sei; dass die Bundesrepublik daher allein das Recht in Anspruch nehmen dürfe, das ganze deutsche Volk zu vertreten; dass folglich jede (selbst indirekte) Anerkennung der Machthaber in Ostberlin ausgeschlossen bleiben müsse und jede solche Anerkennung durch Dritte einen unfreundlichen Akt gegen das ganze deutsche Volk darstelle; dass schließlich nur eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung in einem formellen Friedensvertrag über zukünftige Grenzen Deutschlands zu verhandeln und zu bestimmen befugt sei.

Nun, meine Damen und Herren, wenn wir dieses Gebäude betrachten, so fällt uns zunächst eines auf: seine imponierende Folgerichtigkeit. Alle etwai- gen Modifikationen, die daran angebracht wurden, konnten nur die Geschlossenheit seiner Logik beeinträchtigen. Das hat wohl Heinrich von Brentano

sehr klar gesehen, als er sich 1955 zum Beispiel gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau wandte, weil es ihm unerträglich schien, dass Botschafter der Bundesrepublik und der DDR am gleichen Ort nebeneinander fungieren sollten. Mehr noch: Man kann dieser Logik auch nicht etwa vorwerfen, sie sei über einer falschen Prämisse aufgebaut. Wer wollte leugnen, dass die Existenz der DDR keineswegs auf dem frei ausgesuchten Willen ihrer Bürger beruht, sondern auf dem einer fremden Macht? Und wenn dem so war – war es dann nicht zwingend, alle Kontakte mit den Machthabern dieser DDR und denen, die sie unterstützten, rigoros abzulehnen und hartnäckig und klar darauf zu bestehen, ohne die endgültige, auf dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung beruhende Lösung der deutschen Frage könne und dürfe es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Korpus von Prinzipien war ungeheuer einleuchtend. Nur: So einleuchtend es war, so wenig konnte es eine Ausgangsbasis für eine praktische Politik abgeben. Es hat nicht nur den Status quo in keiner Weise aus den Angeln gehoben, sondern es hat ihn ständig weiter befestigt. Der totale Boykott, der über die DDR verhängt wurde, musste sie zwangsläufig noch fester in den Ostblock hineinschmieden und damit noch weiter in die Abhängigkeit von ihrer sowjetischen Protektormacht drängen, wenn das überhaupt möglich war. Die Unverzichtbarkeit der proklamierten Ansprüche schloss in Wirklichkeit den Verzicht auf jedes praktische Hineinwirken ins kommunistische Lager in sich. Indem man Ostberlin radikal ignorierte, erleichterte man seinen Machthabern ihr Bestreben zur ebenso radikalen Isolierung ihrer Bevölkerung von der Bundesrepublik und von westlichen Einflüssen überhaupt. Außerdem – und das scheint mir das Entscheidende zu sein –: Zu einer Zeit, da vielleicht – und ich betone dieses Wort: vielleicht – durch die Aufgabe von Ansprüchen noch handgreifliche Gegenleistungen hätten eingehandelt werden können, verhinderte diese Haltung jede Debatte über ein solches Tauschgeschäft von Anfang an.

Dergleichen Nachteile mochten so lange in Kauf genommen werden, als die Wiedervereinigung tatsächlich auf der Tagesordnung der internationalen Politik stand, als sie ein Thema wiederholter internationaler Konferenzen bildete und auch von Moskau wenigstens verbal als Ziel anerkannt wurde – und außerdem, solange die beiden Lager in Ost und West einander unversöhnlich in der Attitüde des Kalten Krieges gegenüberstanden. Aber diese Nachteile wogen immer schwerer, als sich eine zugegebenermaßen sehr relative und von dauernden Rückschlägen unterbrochene Tendenz zur Entspannung zwischen Ost und West abzeichnete.

Man müsse den Sowjets und ihren Satelliten «die Entspannung verweigern», solange sie sich nicht zur Freigabe ihrer Zone in Deutschland bereit fänden. Das war – abstrakt gesehen – ein sehr sinnvoller Gedanke. Er konnte, wurde er tatsächlich befolgt, in der Tat vielleicht – und wieder muss ich unterstreichen: sehr vielleicht – eine Chance des Druckes auf die UdSSR mit politischen und nichtmilitärischen Mitteln eröffnen. In Wirklichkeit jedoch stellte sich sehr schnell heraus, dass die Verbündeten der Bundesrepublik in ihrer großen Mehrheit überhaupt nicht bereit waren, einen solchen Versuch zu unternehmen – teils weil sie im Grunde gar nicht so schrecklich viel gegen eine Fortdauer des bestehenden Zustandes in Europa und besonders gegen eine Fortdauer der deutschen Teilung einzuwenden hatten, und zum anderen Teil, weil ihre Völker begreiflicherweise für eine konsequente Fortführung des Kalten Krieges um spezifisch *deutscher* Interessen und Begehren willen einfach nicht zu gewinnen waren.

So wurde es spätestens beim Bau der Berliner Mauer 1961 deutlich, dass sich die Welt längst mit dem Status quo abgefunden hatte. Aber im Grunde hatten sich die Deutschen genauso damit abgefunden. Es enthüllte sich in dieser Situation der fiktive Charakter der deutschlandpolitischen und ostpolitischen Doktrinen, auf denen sich die Politik der Bundesrepublik aufbaute. Sie waren mit all ihrer durchaus zwingenden Logik unreal, weil weder irgendwo die *Macht* bestand, sie durchzusetzen, noch auch der *Wille*, irgendwelche Risiken für diese Durchsetzung einzugehen. Das heißt: Spätestens mit dem Bau der Berliner Mauer musste man einsehen, dass der Osten auf weite Sicht

am längeren Hebel saß.

Auch die Bonner Diplomatie sah sich mehr und mehr gezwungen, dieser unliebsamen, aber auch unabweisbaren Tatsache Rechnung zu tragen. Das System von Grundsätzen, auf das sie sich bisher berufen hatte und noch weiter berief, wurde stückweise – mal hier, mal dort – durchlöchert. Aber während die alte Konzeption damit jene Geschlossenheit und Logik einbüßte, die ihr wesentlicher Vorteil war, trat keine neue und ebenso umfassende an ihre Stelle. Wir können sicher aus den Initiativen Gerhard Schröders zur Zeit, in der er von 1961 bis 1966 Außenminister war, gewisse Elemente einer solchen Konzeption herauslesen. Sie schien sich, wenn ich sie richtig interpretiere, darauf zu richten, den deutschen Bewegungsspielraum in Osteuropa ganz behutsam durch Verbesserung der Kontakte mit den Satellitenstaaten der Sowjetunion zu verbessern – allerdings unter strikter Aussperrung der DDR und unter fast so strikter Aussperrung auch der Sowjetunion selber. Dem lag wohl die Vorstellung zugrunde, die Bundesrepublik könne an den allmählich deutlicher werdenden Auflockerungsbemühungen innerhalb des Ostblocks mitwirken und in jenen Ländern, die aus der allzu straffen sowjetischen Zucht herausstrebten – oder doch in einigen von ihnen –, ein gewisses Kapital an Vertrauen, an Wohlwollen oder doch mindestens an Verständnis ansammeln.

Im Grunde war aber auch dieser Versuch, obwohl er mindestens – schon nach Schröders Zeit – durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien einen Teilerfolg verzeichnete, letztlich unrealistisch. Dies schon einfach deswegen, weil er das tatsächliche Übergewicht der sowjetischen Hegemonialmacht innerhalb des Warschauer Pakt-Systems nicht in Rechnung stellte. Und selbst wenn man ihm gewisse Chancen einräumen wollte, dann müsste man immer noch feststellen, er sei zu spät unternommen worden. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, nach dem ungarischen Aufstand, nach dem polnischen Oktober, als die DDR noch nicht innerlich konsolidiert und ihr Einfluss im Ostblock noch gering war und als sich die nachstalinistische sowjetische Politik noch in einem Stadium spürbarer Unsicherheit befand, da hätte er möglicherweise mehr versprochen. Wir wollen nicht vergessen, – und es wird heute allzu oft vergessen –, dass damals Polen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn nicht nur bereit war, sondern auf eine solche Aufnahme geradezu drängte, und zwar ohne dass es zunächst einmal die formelle Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gefordert hätte. Aber damals konnte sich Adenauer nicht entschließen, die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen. Als man es dann versuchte, war sie schon vorbeigehuscht.

Spätestens mit dem Zustandekommen der Großen Koalition änderte sich jedoch auch die Haltung der Bundesrepublik zur DDR, und zwar aus der Erkenntnis heraus, dass der Boykott gegenüber einem illegitimen Regime auch die Möglichkeiten der Einflussnahme auf dieses Regime notwendigerweise auf ein Minimum beschränken musste. Wenn die Bundesrepublik sich wirklich als Anwalt der Zonenbevölkerung sah, dann durfte sie die Kontakte mit denen, die über diese Bevölkerung bestimmten und die Kontrolle über sie ausübten, nicht vermeiden. Aus dieser Einsicht entstand die neue Formel von «geregeltem Nebeneinander» der beiden Teile Deutschlands, die anzustreben sei. Der Ausdruck stammte zwar von Willy Brandt, aber damals erhob auch Bundeskanzler Kiesinger keine Einwände gegen eine derartige Zielsetzung.

Alle diese Bemühungen um eine «Politik der kleinen Schritte» blieben jedoch unergiebig, und sie *mussten* es bleiben, weil die andere Seite in der wachsenden Überzeugung, sie sitze am längeren Hebel, immer nachdrücklicher auf der ausdrücklichen Anerkennung des Status quo als der Voraussetzung für jede Normalisierung bestand.

Nun, meine Damen und Herren, dieser historische Rückblick, so skizzenhaft, unvollständig und oberflächlich er ist, mag Ihnen immer noch allzu breit erscheinen. Mein Thema ist ja der Moskauer Vertrag, und darüber habe ich bisher kein Wort gesagt. Und doch glaube ich, dass man diesen Vertrag überhaupt nicht würdigen und seiner politischen Bedeutung gar nicht gerecht werden kann, wenn man ihn nicht als Resultat einer jahrzehntelangen Entwicklung betrachtet und in diese Entwicklung hineinstellt. Denn er bezeichnet

zweifellos (auch wenn die Bonner Regierung, die ihn abgeschlossen hat, das nicht in so dürren Worten eingesteht) das Ende jener Prinzipien, von denen bisher die deutsche Diplomatie ausgegangen ist, und damit allerdings eine Wende der Bonner Politik.

Der Anlass, aus dem dieser Vertrag entstand, hielt sich zwar noch durchaus im traditionellen Rahmen. Alle Bundesregierungen ohne Ausnahme hatten ja immer bekundet, dass sie die Gewalt als Mittel der angestrebten Veränderungen ablehnten. Daraus erwuchs schon gegen das Ende der Kanzlerschaft Erhards, ja eigentlich ansatzweise schon gegen das Ende der Kanzlerschaft Adenauers, der Gedanke, diesen Grundsatz durch formelle Abkommen über einen Gewaltverzicht zu bekräftigen. Aber es kann gar keinem Zweifel unterliegen, dass die gegenwärtige Opposition Recht hat, wenn sie darauf besteht, dass der Moskauer Vertrag, so wie er abgeschlossen wurde, weit über diesen Ausgangspunkt hinausgehe und in Wirklichkeit gewisse Elemente einer Friedensregelung vorwegnehme.

Das geht in der Tat aus mehreren Formulierungen des Textes hervor: aus Artikel 1, der die gemeinsame Überzeugung der vertragschließenden Parteien bekräftigt, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten müssten «von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage» ausgehen, wie aus Artikel 3, der die Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen festlegt, die Oder-Neiße-Grenze ausdrücklich als «Westgrenze der Volksrepublik Polen» in diese Garantie heutiger und zukünftiger Unverletzlichkeit einbezieht und das Prinzip auch auf die Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik ausdehnt. Das enthält, mag man es drehen und wenden, wie man will, in der Tat eine nicht nur faktische, sondern auch formell bekräftigte Anerkennung des Status quo in Deutschland und in Europa und damit ein Abgehen von Grundsätzen, die noch vor wenig mehr als einem Jahr von sämtlichen Bundestagsparteien als unverzichtbar proklamiert worden waren.

Will man diesen Tatbestand jedoch in seiner Tragweite abschätzen, so muss man, glaube ich, zwischen diplomatischen Formalien und der politischen Substanz unterscheiden. Ich halte es für falsch, wenn man aus den angeführten Stellen den Schluss zieht, damit sei eine «Preisgabe elementarer deutscher Interessen» verbunden. Denn diese Preisgabe ist, wenn man auf die Sache selbst sieht, nicht erst jetzt, sondern schon mit dem faktischen Verzicht Adenauers auf eine realistische Wiedervereinigungspolitik vollzogen worden. Wobei ich noch einmal betonen möchte, dass mir die Gründe des ersten Kanzlers für diesen Verzicht auf einen zeitweise denkbaren Handel «Wiedervereinigung gegen Neutralisierung» nach wie vor durchaus einleuchtend scheinen. Außerdem wäre diese Preisgabe auch in einem vertraglichen Gewaltverzicht, in dem sie nicht ausgesprochen worden wäre, trotzdem einfach deswegen *implicite* enthalten gewesen, weil tatsächlich eine territoriale Veränderung in Europa bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen als völlig undenkbar erscheint.

Nun ist es ein schlichter Grundsatz der Ökonomie, meine Damen und Herren, dass man Realitäten, die zu ändern man nicht die Kraft hat, hinnehmen muss. Dies nicht nur in dem Sinne, dass man mit ihnen rechnet, sondern in dem weiter gehenden, dass man in seinem Handeln von diesen Realitäten ausgeht, weil man nur dadurch überhaupt *handlungsfähig* wird. Praktisch hat die Bundesrepublik den Status quo längst hingenommen, indem sie auf alle Wiedervereinigungsinitiativen angesichts ihrer manifesten Aussichtslosigkeit verzichtete. Insofern stellen die erwähnten Bestimmungen des Moskauer Vertrages gar nichts anderes dar als eine nachträgliche und, wie ich meine, höchst dringliche Angleichung der Theorie an die tatsächliche Praxis, die von der Bundesrepublik befolgt worden ist.

Unter diesem Aspekt, meine Damen und Herren, betrachte ich auch die «gesamtdeutsche Option», wie sie in dem Begleitbrief der Bundesregierung an die Sowjetregierung zum Text des Abkommens festgehalten wird, als ein zwar nützliches, aber nicht übermäßig gewichtiges Beiwerk – soviel Gewicht die Regierung aus taktischen Gründen auf diesen Punkt legen mag. Das Bekenntnis zum politischen Ziel eines Friedenszustandes in Europa, in dem

das deutsche «Volk» in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen könne, bleibt platonisch, solange sich nirgends auch nur die geringste Chance einer Annäherung an dieses Ziel abzeichnet. Aber diese Annäherung wird auch durch die ausgesprochene Akzeptierung der wirklichen Lage nicht verschüttet. Eine freie Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk – das heißt praktisch für die Bevölkerung der DDR, weil die Bevölkerung der Bundesrepublik ihre Selbstbestimmung längst praktiziert – scheint überhaupt nur denkbar bei einer völligen Verschiebung der Machtverhältnisse im europäischen, vielleicht sogar im globalen Maßstab.

Nun mag es wichtig und notwendig sein, im Hinblick auf eine solche (und sei es noch so weit entfernte) Eventualität noch einmal, wenn auch nur durch eine einseitige Erklärung, festzulegen, dass dieser Anspruch auf Selbstbestimmung bestehen bleibt und dass er nicht im Widerspruch zum Vertrag steht. Aber im Grunde, meine Damen und Herren, geht ja jede völkerrechtliche Übereinkunft von einer gegenwärtig bestehenden Machtsituation aus. Sie bildet die Geschäftsgrundlage des Vertrages, und wenn diese Grundlage wegfällt, so kann auch der Vertrag nach *clausula rebus sic stantibus* nicht mehr in Anspruch genommen werden. Das heißt: Ein Zusammenbruch der Sowjetmacht oder auch nur eine Herauslösung der osteuropäischen Staaten aus dem Warschauer Paktgefüge – und das sind die einzigen Möglichkeiten, unter denen ein Rückzug der Sowjetunion aus Deutschland derzeit vorstellbar erscheint – würde das Vertragswerk mit oder ohne gesamtdeutsche Option gegenstandslos machen. Das heißt gewiss nicht, dass es nicht sehr gut war, diese Option von vornherein anzumelden – auch wenn sie unter den gegenwärtigen und heute absehbaren Bedingungen ganz gewiss nicht eingelöst werden kann.

Wenn dem aber so ist, dann scheint allerdings die Frage berechtigt, wo denn nun eigentlich die *wirkliche* politische Substanz des Vertrages liege. Anders gefragt: Welchen Vorteil sich denn die deutsche Seite davon versprechen könne. Die Kritiker des Vertrages argumentieren, es handle sich um eine massive deutsche Leistung, der keinerlei sowjetische Gegenleistung – oder doch jedenfalls keine auch nur annähernd entsprechende – gegenüberstehe. Auf Grund der vorliegenden Texte allein lässt sich dieser Einwand, meine ich, nicht widerlegen. Man könnte höchstens auf das stillschweigende (aber eben nur stillschweigende und *nicht* ausdrücklich verbrieft) Fallenlassen des sowjetischen Interventionsanspruchs in deutschen Angelegenheiten auf Grund der so genannten Feindstaatsklauseln der UNO-Charta verweisen, der in der Verpflichtung der Partner beschlossen liegt, sich gemäß Artikel 2 der UNO-Charta der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Da die Sowjets zu dieser Verpflichtung keinerlei Vorbehalt angemeldet haben, fällt damit rechtlich für sie jeder Grund zur Berufung auf die betreffenden Sonderbestimmungen der Charta weg. Aber ich glaube zu wissen, meine Damen und Herren, dass selbst in Bonner Regierungskreisen dieser Gewinn – wenn es einer ist – nicht übermäßig hoch eingeschätzt wird. Und dies deshalb, weil niemand ernsthaft damit gerechnet hat, dass die Sowjetunion je daran denke, diese Feindstaatsklauseln praktisch in Anspruch zu nehmen – und zwar einfach deswegen, weil jeder derartige Versuch für die NATO und damit für die Vereinigten Staaten den Bündnisfall darstellen, also die Entfesselung eines neuen Weltkrieges bedeuten müsste. Und dass die Sowjetunion an etwas Derartiges nicht denkt, darüber sind sich, glaube ich, alle ernst zu nehmenden Beobachter ihrer Politik einig.

Der wirkliche *Gewinn* des Vertrages für die Bundesrepublik scheint mir vielmehr, so paradox sich das anhören mag, gerade in dem deutschen *Verzicht* auf unrealisierbare Ansprüche und Titel zu liegen. Denn in Wirklichkeit waren diese Ansprüche längst zu einer Kette für die Politik Bonns geworden. Ihr praktischer Effekt bestand nur noch darin, dass sie Moskau Argumente in die Hand gaben, seinen Einflussbereich durch Berufung auf einen angeblichen deutschen Revisionismus oder gar «Revanchismus» unter seine strafte Disziplin zu zwingen und die Bundesrepublik unter Berufung auf diesen angeblichen Tatbestand aus Osteuropa fern zu halten, das heißt ihr die Vertretung ihrer wirklichen Interessen in diesem Raum systematisch zu versa-

gen. Indem die Bundesrepublik vertraglich klarmacht, dass sie nicht mehr auf eine Änderung des territorialen Zustandes in Osteuropa (außer eventuell einer nur im hypothetischen Einverständnis mit der DDR erzielbaren Wiedervereinigung) ausgehe, entzieht sie diesem Argument den Boden, auf dem die ganze sowjetische Politik der letzten drei oder vier Jahre aufgebaut war. Indem sie die Verhandlungen mit der Sowjetunion an den Anfang ihrer Bemühungen um einen Ausgleich auf dieser Basis mit den osteuropäischen Ländern stellt, gibt sie zugleich zu verstehen, dass sie die faktische Hegemonie der UdSSR in diesem Bereich eben als Faktum in Rechnung stellt, also ihre osteuropäische Politik zwar nicht unbedingt im Einklang *mit*, aber nicht im Widerspruch zu den Interessen der Sowjetunion zu führen gedenkt.

Das Ergebnis all dieser scheinbaren Konzessionen, die tatsächlich nur einen bestehenden und mit deutschen Kräften unabänderlichen Zustand ratifizieren, ist zunächst ganz einfach eine Erweiterung jenes Handlungsspielraums von Bonn, der bisher nicht so sehr von außen als durch die Doktrinen der bundesrepublikanischen Diplomatie selber beschränkt war. Während Bonn nun faktisch längst Preisgegebenes auch formal preisgibt, erwirbt es sich die Möglichkeit der diplomatischen Aktivität in einem Raum, der dieser Aktivität bisher verschlossen war. Es erwirbt sich aber noch etwas mehr: nämlich die bisher nicht vorhandene oder jedenfalls nicht ausgenutzte Gelegenheit zu einem permanenten politischen Dialog mit dem Kreml. Und was mir am allerwichtigsten scheint: Es verstopft eine permanente Quelle der Missverständnisse im westlichen Bündnis, die aus der mangelnden Synchronisation der europäischen wie der atlantischen Politik gegenüber dem Osten erwuchs. Eine Bundesrepublik, die selber zum Gesprächspartner Moskaus geworden ist, braucht sich nicht mehr ängstlich aufzuregen und quer zu legen, wenn ihre Verbündeten mit dem Kreml Kontakt suchen. Aber sie braucht sich andererseits auch nicht mehr selber dauernd hinter dem breiten Rücken der Alliierten zu verstecken und diese für sich sprechen zu lassen. Und sie kann praktisch mit einer Unbefangenheit, die sie sehr lange nicht aufgebracht hat, im Kreise ihrer Freunde die Möglichkeiten neuer, vielleicht bilateral unternehmener, aber multilateral koordinierter Schritte nach Osten hin erörtern.

Lassen Sie es mich ganz zugespitzt sagen: Sie wird damit, dass sie sich aus dem Gewebe der selbst gestrickten Fiktionen herauslöst und Moskau auf dem Felde der bestehenden Realitäten konfrontiert, auch *realiter* das, was sie lange Zeit nur *formaliter* war: ein souveräner Staat unter souveränen Staaten. Wenn ich mir eine Formel von Waldemar Besson ausborgen darf, die mir überaus glücklich scheint: Sie gelangt endlich dazu, sich selber anzuerkennen.

Ich halte auch die Befürchtung, dass der Moskauer Vertrag den Zusammenhalt des Westens gefährden werde, nicht bloß für übertrieben. Ich bin vielmehr sogar überzeugt, dass diese Vereinbarung umgekehrt viel eher zur *Stärkung* der westlichen Solidarität beitragen wird – und sei es nur dadurch, dass es den Sowjets schwieriger gemacht wird, die westlichen Verbündeten gegeneinander auszuspielen, wie sie es immer wieder versucht haben. Das gilt freilich nur dann – diesen Vorbehalt muss man sofort anbringen –, wenn man diese Chance auch nach Westen hin wirklich systematisch ausnutzt, das heißt, wenn der Versuch der Befriedung auf der Grundlage des *Status quo* im Verhältnis zum kommunistischen Osteuropa als notwendige *Ergänzung* zur Allianz des Westens und nicht als *Ersatz* für diese Allianz angesehen wird, als ein Grund zur Verfestigung und nicht als Anlass zur Lockerung der europäischen und atlantischen Gemeinschaften, ja sogar als Rückendeckung für ihren konsequenten Ausbau.

Aus ebendiesem Grunde scheint mir die Illusion so gefährlich, die in manchen Äußerungen der Vertragsbefürworter aufscheint: dass nämlich mit den Moskauer Vereinbarungen bereits eine Etappe auf dem Weg zu einer «gesamteuropäischen Friedensordnung» und zu einer Auflösung der machtpolitischen Blöcke erreicht sei. Dahinter steckt letzten Endes die nicht nur illusorische, sondern verhängnisvolle Erwartung, man könne dem Kommunismus als System durch Freundlichkeit und Wohlverhalten die Zähne ausbrechen. Die Politik, die nun eingeleitet worden ist, könnte durch nichts so

gefährdet und belastet werden wie dadurch, dass man solche falschen Hoffnungen an sie knüpft: Hoffnungen etwa auf eine gleichzeitige ideologische Abrüstung, auf ein Verschwinden von realen Gegensätzen dadurch, dass man sie wegeskamotiert, vielleicht sogar auf eine allmähliche gegenseitige Anpassung der rivalisierenden Systeme in einer Atmosphäre ungetrübten Wohlgefallens.

Nichts scheint mir abwegiger als der Gedanke, es bedürfe nur des Verzichts auf unrealisierbare Ansprüche, um zu einer wachsenden Verflechtung zwischen den beiden Teilen Europas zu gelangen, die dann womöglich auch noch den Boden für eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands etwa in der Form einer Konföderation bereiten werde. Das deutsch-sowjetische Abkommen macht den Kommunismus um keine Spur harmloser. Im Gegenteil: Solche illusionären Erwartungen könnten die Gefahr des Kommunismus allerdings vergrößern. Um mit dem letzten Beispiel zu argumentieren: Eine Konföderation zwischen Staaten nicht nur mit unterschiedlicher, sondern ihrem Wesen nach feindlicher Gesellschaftsordnung, wenn sie überhaupt denkbar wäre, würde nichts anders bewirken als eine Lähmung des instinktiven Abwehrwillens im westlichen Teil dieser Konföderation. Mir scheint die Logik Ulbrichts eigentlich viel einleuchtender, der zeitweise zwar von einer solchen Konföderation sprach, aber sie an die Bedingungen radikaler sozialer, ökonomischer und politischer Umwälzungen in der Bundesrepublik knüpfte. Wer sich über die Unvereinbarkeit eines totalitären und eines liberal-demokratischen Systems hinwegtäuscht und hinwegmogelt, der gibt allerdings im Geiste bereits *wahrhaft* Unverzichtbares preis.

Der Moskauer Vertrag ist ein Akt der Koexistenz. Aber, meine Damen und Herren, Koexistenz bedeutet keineswegs Harmonie. Im Gegenteil: Sie setzt die Disharmonie geradezu voraus. Wenn man diesen Vertrag als eine positive Wendung der deutschen Politik beurteilt, wie ich das tue, dann muss man sich erst recht vor der voreiligen Schlussfolgerung hüten, er leite eine solche Wende auch für den ganzen Bereich der Ost-West-Beziehungen ein. Das Beste, was er leisten kann, ist etwas viel Bescheideneres. Er kann gewisse Voraussetzungen für eine Versachlichung dieser Beziehungen schaffen, indem unnütze Steine des Anstoßes aus dem Weg geräumt werden. Aber er kann ganz gewiss keine Kluft schließen, die eben in der Sache selbst – nämlich im unauflöselichen Konflikt zwischen Kommunismus und freier Welt – begründet liegt. Seine wirkliche Bedeutung beruht im Abbau selbst gezimmelter Schranken, die Bonn bisher seiner außenpolitischen Bewegungsfreiheit auch und gerade im Rahmen der westlichen Bündnisse auferlegt hat. Sie liegt nicht im Wegzaubern *jener* Schranken, die die beiden Weltsysteme trennen.

Meine Damen und Herren! Ich habe ganz bewusst einen sehr wichtigen Aspekt des Vertrages, an dem seine Realisierung hängt, noch gar nicht erwähnt: das Problem Berlin. Die bisherigen Verhandlungen der vier Mächte über eine Regelung für diesen westlichen Außenposten haben bereits eines erwiesen: dass das Ringen zwischen den beiden Blöcken – ein Ringen mit diplomatischen Mitteln – durch den Vertragsschluss keineswegs zu Ende gebracht, sondern nur auf eine neue Ebene gehoben worden ist. Wer annahm, die Sowjets würden den Vertrag nun sogleich mit einer handfesten, ganz und gar den westlichen Erfordernissen entsprechenden Berlin-Lösung honorieren, der sieht sich enttäuscht durch die Zähigkeit der Gespräche, die darüber geführt werden. Ich sehe keinen Grund zu einer solchen Enttäuschung. Sicher scheint mir, dass die Bundesrepublik, indem sie die Ratifikation von einem solchen Arrangement über Berlin abhängig macht, überhaupt erstmals seit Kriegsende einen Hebel in die Hand bekommen hat, um die Sowjetunion ihrerseits zur Anerkennung der sicher für sie unliebsamen Realitäten zu veranlassen. Die Vorstellung jedoch, als ob die überaus zähe, geduldige und hartnäckige Diplomatie des Kremls damit zu einer totalen Revision ihrer Berlinpolitik gebracht werden könne, scheint mir auf reiner Unkenntnis zu beruhen. Auch hier – ich will gar nicht auf Einzelheiten eingehen – kann es sich nicht darum handeln, ein Maximum deutscher und westlicher Interessen durchzusetzen. Ebenso wenig Grund besteht aber, sich mit einem Minimum zu

begnügen. Worauf es ankommt, ist vielmehr, realistisch nach einem zu verwirklichenden Optimum zu suchen. Aber gerade mit diesem Felde, meine Damen und Herren, zeigt sich, dass jede Anerkennung oder – mit einem viel missbrauchten Wort – jedes «Festschreiben» des *Status quo* keineswegs *nur* einen Verzicht in sich enthält, sondern *auch* eine Waffe darstellt. Die Sowjetunion steht heute ihrerseits vor einer Situation, in der sie den Gewinn dieses Festschreibens – soweit es sich um einen Gewinn handelt – nur einheimen kann, wenn sie ihrerseits gewisse ihrer Ansprüche abschreibt. Wie weit das geht, können wir noch nicht sagen. Dass die Bereitschaft zu einem Abschreiben besteht, ist aus den bisherigen Verhandlungen bereits hervorgegangen. Ob die Operation, die damit unternommen worden ist, gelingen wird, das steht noch dahin. Dass sie aber überhaupt *eingeleitet* werden konnte, das bestätigt meiner Meinung nach in eklatanter Weise das, was mir als der wirkliche Ertrag des umstrittenen Moskauer Abkommens erscheint: nämlich die Erweiterung des Manövrierraums für die deutsche und damit indirekt auch für die gesamtwestliche Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa.

Und nun, meine Damen und Herren, noch einmal: Bezeichnet der Vertrag nun ein Ende oder eine Wende? Ich meine, er bezeichnet beides und keines. Er signalisiert das Ende einer Politik der Fiktionen, aber beileibe nicht das Ende der Blöcke oder jener Auseinandersetzung zwischen ihnen, die man als Kalten Krieg definiert. Der Vertrag zielt auf eine Wende in der Methodik der Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ab, aber er stellt nicht eine Wende des Konflikts dar, mit dem wir – und ich sage «wir», weil es um ganz Europa geht – seit einem Vierteljahrhundert leben mussten und noch lange werden leben müssen. – Ich danke Ihnen, meine ■
Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.